

01.03.2015

BIS 233 fordert detaillierte Kostenrechnung

Bürgerversammlung zum Schürenfeld im September – B-Plan auf Zielgeraden

Von Anke Jacobi

Fröndenberg. Die Spuren der eisenzeitlichen Siedlung, die am Schürenfeld gefunden wurden, rufen die Bürgerinitiative BIS 233 auf den Plan. Deren Sprecher Andreas Hennemann hofft auf ein Umdenken.

„Schon jetzt ist das dort geplante Gewerbegebiet unwirtschaftlich. Wir hoffen, dass Stadtverwaltung und Politik durch die nun absehbare Kostensteigerung ihre Meinung ändern“, so Hennemann. Er zeigt sich allerdings wenig überrascht von den ersten Ergebnissen der archäologischen Untersuchungen auf der potenziellen Gewerbefläche. Vor Jahren sei etwas weiter nördlich bereits eine Grabstelle aus der Bronzezeit gefunden worden. „In einem Gespräch mit einem Archäologie-Professor aus Hagen hatte dieser schon gesagt, dass diese Grabstelle auf eine größere Siedlung in der Nähe hindeute“, berichtet der BIS-Sprecher.

Nachdem die vom Landschaftsverband (LWL) durchgeführten Sondagen diese Vermutung bestätigt haben, sieht Hennemann erhebliche Zusatzkosten auf die Stadt zukommen und fordert eine detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnung für das geplante Gewerbegebiet, „damit sie dann einen Schlusstrich unter das Kapitel ziehen kann.“

Derweil treibt die Stadt den Bebauungsplan voran. „Wir sind sehr weit auf der Zielgeraden“, sagt Hennemann. „Wir sind sehr weit auf der Zielgeraden“, sagt Hennemann.

rechnung geben. Dann komme es darauf an, wie hoch die Differenz zwischen den Grundstückserstellungskosten und dem marktfähigen Grundstückspreis ist. Dass die Stadt das Gewerbegebiet subventionieren muss, steht eigentlich schon fest. Die Frage ist nur in welcher Höhe. Eine gewisse Subventionierung rechnet sich nach Ansicht des Beigeordneten und Kämmers Freck durchaus: „Wir erzielen viele positive Effekte“, sagt er. So bringt ein Gewerbegebiet neben zusätzlichen Steuereinnahmen auch Arbeitsplätze, die wiederum ausschlaggebend für zusätzliche Landeszuweisungen sind, den Zuzug fördern und den Wegzug von Bürgern verhindern. Hinzu komme die Wertsteigerung der Fläche. „Wir bekommen jedenfalls jetzt schon Anfragen von Gewerbetreibenden“, sagt Freck.

Die Verwaltung sei überdies angesichts mangelnder Alternativen für die langfristige Zukunft fest entschlossen, den Bebauungsplan aufzustellen. „Wir brauchen Rechtssicherheit. Auch vor dem Hintergrund, dass den Kommunen kaum noch Gewerbeflächen zugewiesen werden“, so Freck.

Die BIS 233 will nun zunächst die Ergebnisse des LWL und die für September geplante Bürgerversammlung abwarten. „Dann werden wir sehen, ob wir eventuell auch rechtliche Schritte einleiten“, so Hennemann.

Termin für Bürger

den Termin im Warmen.